

Veranstaltungsbericht

Ausstellungseröffnung „Bulgarien 1944-1989. Verbotene Wahrheit“

13. März 2013 | 18 Uhr | Deutsche Gesellschaft e.V., Voßstraße 22, 10117 Berlin

Die von der Bundesstiftung Aufarbeitung geförderte Ausstellung „Bulgarien 1944-1989. Verbotene Wahrheit“ war bei ihrer Eröffnung in Sofia im Oktober 2012 eine der ersten Dokumentationen, die sich mit den Verbrechen des kommunistischen Regimes in Bulgarien öffentlich auseinandersetzte. Die deutsche Fassung der Ausstellung wurde am 13. März 2013 erstmals in Berlin gezeigt. Die Wanderausstellung wurde im Auftrag der Gedenkbibliothek für die Opfer des Stalinismus e.V. von Fanna Kolarova und Stoyan Raichevsky konzipiert.

Die zahlreich erschienenen Gäste wurden im Europasaal der Deutschen Gesellschaft e.V. begrüßt von Prof. Dr. Peter Brandt, Sprecher des Kuratoriums der Deutschen Gesellschaft e. V., Ursula Popiolek, Gründerin und Vorstandsvorsitzende der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus e.V., sowie der Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Dr. Anna Kaminsky.

Die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Bulgarien, so Dr. Anna Kaminsky, sei nicht der Grund für die Förderung der Ausstellung gewesen, denn diese müsse Bulgarien selbst leisten. Vielmehr solle die Ausstellung dazu beitragen, das Wissen um die Geschichte des östlichen Europas auch in Deutschland zu verbreiten. Gleichwohl freue man sich über die Zusage des bulgarischen Staatspräsidenten Rossen Plewneliew, die öffentliche Aufarbeitung der jüngsten Geschichte des Landes vorantreiben zu wollen.

In seinem Impulsvortrag gab der Historiker Stoyan Raichevsky, Mitautor der Ausstellung und ehemaliger bulgarischer Parlamentarier aus Sofia, einen kurzen Abriss, wie es 1944 zur von Moskau lancierten Übernahme der Macht durch die Kommunisten in Bulgarien gekommen sei, mit welchen Methoden das neue System installiert wurde und was nach dem Systemumbruch im Jahr 1989 in Bulgarien passierte. Am 9. September 1944 sei die von Kommunisten geführte „Vaterländische Front“ an die Spitze der Regierung in Bulgarien gelangt. Mit Hilfe der Roten Armee, die sich bereits auf bulgarischem Territorium befand, sei sodann ein totalitäres System sowjetischer Prägung installiert worden. Neben einer Reihe von Erlässen und Verordnungen seien Gewalt und Terror auf allen Ebenen des ökonomischen, politischen und sozialen Lebens Mittel gegen potenzielle Opponenten gewesen. Zudem habe die Regierung der „Vaterländischen Front“ sich die alleinige Herrschaft in Bulgarien dadurch sichern können, dass sie die staatlichen Verwaltungsorgane sowie das Justizsystem sehr schnell der eigenen Kontrolle unterwarf. So seien ab September 1944 unter dem Vorwurf, für den Beitritt Bulgariens in den Zweiten Weltkrieg verantwortlich zu sein, mehr als 11.000 Intellektuelle, Politiker, Armeeingehörige, Wissenschaftler und Journalisten verfolgt und 2.000 von ihnen zum Tode verurteilt worden. Die gesetzliche Grundlage für diese Massenverfolgung habe die „Durchführungsverordnung des Gesetzes für das Volksgericht“ vom 24. September 1944 geliefert.

Wie überall im von der Sowjetunion kontrollierten Osten und Südosten Europas war die Kollektivierung der Landwirtschaft auch in Bulgarien Teil der kommunistischen Herrschaftsdurchsetzung. Schon ab 1944 habe man begonnen, landwirtschaftliche Betriebe in Kollektive zu pressen, ab April 1945 sei dafür gezielt Gewalt angewendet worden. Ihren Höhepunkt habe die Zwangskollektivierung in Bulgarien in den Jahren 1950 bis 1954 erlebt.

Das bulgarische Volk habe indessen erbittert gegen seine Unterdrückung gekämpft. In den ersten Jahren habe es noch legale Oppositionsparteien gegeben, die jedoch ab 1946 Schritt für Schritt ausgeschaltet wurden. Der Kampf gegen das kommunistische Regime sei von da an in der Illegalität geführt und von einer breiten Masse der Bevölkerung bereitwillig unterstützt worden.

Ab Mitte der 1950 Jahre sei auch der illegale Widerstand vom Regime zerschlagen worden und seine Kämpfer zumeist in eines der über das ganze Land verteilten Lager, so genannten „Arbeitsumerziehungswohnheime“, verschleppt worden. In den 1960er Jahren habe es keine Anzeichen eines organisierten Widerstandes mehr gegeben. Die Bürger hätten zunehmend in Abhängigkeit vom totalitären Staat gelebt, die Gegner und ihre Nachkommen hätten Nachteile im gesellschaftlichen und sozialen Leben erfahren müssen und die Staatssicherheit habe im öffentlichen Leben umfassende Kontrolle ausgeübt.

Neue Hoffnung auf Freiheit habe die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte in Helsinki 1975 gegeben. Auch die in Polen entstandene unabhängige Gewerkschaft Solidarność fand Zuspruch und habe die Menschen in Bulgarien ermutigt, ihren Protest zu äußern und ihre Rechte einzufordern.

Am 18. November 1989 fand in Bulgarien die erste Demonstration gegen die kommunistische Regierung statt. Die Ereignisse in den anderen osteuropäischen Ländern und der Druck der Protestbewegung hätten die Kommunisten Bulgariens schließlich zur Aufgabe ihres Anspruchs auf alleinige Führung des Landes gezwungen. Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie habe sich jedoch langsamer als in anderen Ländern vollzogen, so dass alte Machtstrukturen größtenteils unangetastet blieben. Mitglieder der Parteionomenklatura und Profiteure des kommunistischen Regimes hätten sich wichtige wirtschaftliche Positionen gesichert und übten von dort bis heute einen starken Einfluss auf Medien, Kunst und die Wissenschaften aus.

Die Aufarbeitung der Diktatur, so Raichevsky, stehe in Bulgarien noch ganz am Anfang. Es gäbe bisher nur wenige Mahnmale und Denkmäler, die an die Opfer des Kommunismus in Bulgarien erinnerten. Gleichzeitig würden in der Öffentlichkeit immer wieder Kampagnen zur Rehabilitierung des kommunistischen Regimes geführt werden.

Im Anschluss an den Vortrag wurden Ausschnitte aus dem die Ausstellung begleitenden Film „forbidden truth“ von Irena Daskalova gezeigt, in dem Zeitzeugen über ihr persönliches Schicksal und ihre Erfahrungen unter der kommunistischen Diktatur in Bulgarien berichten.

Danach diskutierten Fanna Koralova, Stoyan Raichevsky und Gernot Erler (MdB) mit dem Moderator Dr. Martin Kirsch (Deutsche Gesellschaft e.V.) über die Chancen und Schwierigkeiten, vor denen die Vergangenheitsaufarbeitung in Bulgarien heute steht.

Die in Sofia geborene Künstlerin, Fanna Kolarova, hatte eigentlich vor, in Bulgarien ein Museum zu errichten, das die Geschichte der kommunistischen Herrschaft erzählt. Leider sei dies sehr schwierig, da für ein solches Vorhaben kein Geld zur Verfügung gestellt würde. Die Wanderausstellung sei allerdings ein erster Schritt in diese Richtung. Sie wolle zeigen, dass die bulgarische Bevölkerung 1944 demokratisch eingestellt gewesen sei, dass ein großer Teil der Bevölkerung auch den Faschismus nicht unterstützt und sich gegen die Beteiligung im Krieg ausgesprochen habe, und dass dieser Wille zur Freiheit in Bulgarien auch heute noch vorhanden sei. Jedoch, fügte Raichevsky hinzu, stellten fehlendes Bewusstsein und der mangelnde Wille zur Aufarbeitung von Seiten des Staates große Schwierigkeiten dar.

Gernot Eler, Gründer des Deutsch-Bulgarische Forums e.V, bestätigte aus seinen persönlichen Erfahrungen, dass viele Menschen, die die Verbrechen am eigenen Leib erfahren haben, heute immer noch darüber schwiegen. Aber auch der Westen habe sich bisher kaum für die Entwicklungen in Bulgarien interessiert. Hierzulande wisse man beispielsweise kaum etwas über den bulgarischen Widerstand gegen das Regime. Hinzu käme die bereits angesprochene Elitenkontinuität. Die KP Bulgariens habe sich 1989 einfach umbenannt und bei den Wahlen kandidiert. Dass die Personen, die einst in der Diktatur das Sagen hatten, später nicht an ihrer Aufarbeitung interessiert seien, überrasche niemanden. Erst im Jahr 2006 wurden die Archive teilweise geöffnet und 2007 die erste Kommission zur Aufklärung der kommunistischen Verbrechen eingesetzt.

Deutschland, das die Aufarbeitung der Vergangenheit von Diktatur und Gewalt „vorbildlich“ betreibe, könne für Bulgarien nur als Beispiel dienen und die eigenen Erfahrungen als Wissen zur Verfügung stellen. Der Anstoß und die Strukturen, die eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit möglich machen, müssten allerdings aus der bulgarischen Gesellschaft selbst kommen. Obschon diese Entwicklung noch an ihrem Anfang stehe, könne man beobachten, so Eler, dass die Aktivitäten der bulgarischen Zivilgesellschaft in den letzten Jahren zugenommen haben.

Im Anschluss an die Podiumsdiskussion lud der Moderator, Michael Kirsch, dazu ein, die Ausstellung anzuschauen und die offenen Fragen weiter zu diskutieren.

Teresa Tammer